Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 34 (1954-1955)
Heft: 7

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

★ Politische Rundschau ★

Zur innenpolitischen Lage

Das Problem einer *Weiterführung der Preiskontrolle, insbesondere des Mieterschutzes, über den 31. Dezember 1956 hinaus* — auf dieses Datum ist der geltende «Bundesbeschluß über die Weiterführung einer beschränkten Preiskontrolle» befristet — tritt immer mehr in ein akutes Stadium, nachdem nun die eidgenössischen Räte zur Behandlung der gewerkschaftlich-sozialdemokratischen «Initiative zum Schutze der Mieter und Konsumenten» übergegangen sind. Wie man weiß, hat der Bundesrat zu der Initiative einen Gegenvorschlag vorgelegt, in welchem einige wesentliche Mängel, welche der Initiative anhaften, behoben sind. Insbesondere wird durch den Gegenvorschlag der staatssozialistische und interventionistische Kern der Initiative getroffen, welche nach der Meinung ihrer Urheber praktisch auf eine Verewigung der Preiskontrolle, insbesondere des Mieterschutzes, hinauslaufen soll. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund hat den Gegenvorschlag scharf abgelehnt. Irgendwie besteht die Empfindung, diese Ablehnung sei nicht ausschließlich wegen des materiellen Inhaltes dieses Gegenvorschlages erfolgt, sondern aus allgemein politischen Gründen. Jedenfalls ergibt sich bei der Durchsicht der Linkspresse unschwer die Erwägung, daß die Initiative auf breiter Front den Start für die eidgenössischen Wahlen des kommenden Jahres bilden soll. Hinter der ganzen Hartnäckigkeit stecken also weitgehend wahlpolitische Erwägungen, und man wird auf bürgerlicher Seite gut tun, sich zum mindesten auf keinerlei Verwässerung des bundesrätlichen Gegenvorschlages einzulassen, vielmehr den Kampf auf ebenso breiter Front und im Bewußtsein der Stichhaltigkeit der eigenen Argumente aufzunehmen, und zwar im Sinne der Verbesserung des Gegenvorschlages, wie sie aus den folgenden Erwägungen hervorgeht.

Inzwischen ist man nämlich in den Reihen der Gegner einer Beibehaltung des Mieterschutzes nicht müßig geblieben. So ist aus dem Kreise des Zentralverbandes schweizerischer Haus- und Grundeigentümer-Vereine ein weiterer Gegenvorschlag zu der Initiative der Gewerkschaften in Erscheinung getreten. Dieser neue Gegenvorschlag will den bundesrätlichen Gegenvorschlag in wesentlichen Punkten verbessern. So postuliert er die Verlängerung des geltenden «Bundesbeschlusses über die Weiterführung einer beschränkten Preiskontrolle» längstens bis Ende 1958, statt, wie beim bundesrätlichen Gegenvorschlag und der Initiative, bis Ende 1960. Ferner soll eine Beschränkung der Mietpreiskontrolle über das Jahr 1956 hinaus nur für jene Ortschaften gelten, die in diesem Zeitpunkt noch Wohnungsknappheit aufweisen, und endlich soll die Beschränkung des Kündigungsrechts gelockert werden. Die Begründung, welche diesem neuen Gegenvorschlag mitgegeben wird, ist überzeugend. Vor allem wird betont, die schrittweise Lockerung der Mietpreiskontrolle sei dem Bundesrat gesetzlich vorgeschrieben — eben im Bundesbeschluß vom 10. Juni 1953 über die Weiterführung einer be-

schränkten Preiskontrolle —, und für die vorgesehene Auslaufaktion genüge durchaus die Frist bis Ende 1956 oder höchstens Ende 1958. Diese Frist genüge vor allem auch deswegen, weil sich der Wohnungsmarkt bereits an jenem Wendepunkt befinde, der schon seit längerer Zeit vorauszusehen war. Diese Tendenz werde zweifellos verstärkt durch die Tatsache, daß die Bauvorhaben im Jahre 1954 gegenüber 1953 nochmals eine Steigerung um 28% erfahren haben. Ferner sei die Hinausschiebung der völligen Freigabe des Wohnungsmarktes über Ende 1956 hinaus ungerechtfertigt für Ortschaften und Gegenden, in denen keine Notlage im Wohnungswesen mehr bestehe. So sollen die staatlichen Eingriffe dahinfallen bei einem Leerbestand von 1/2%, entsprechend dem Bericht, welche eine zürcherische Studienkommission am 18. November 1948 erstattet hat. Die Beschränkung des Kündigungsrechtes endlich bedeute einen schwerwiegenden Eingriff in die Rechte des Vermieters und schütze lediglich die Inhaber einer Altwohnung auf Kosten der jüngeren Generation — ein treffendes Argument, das auch in diesen Heften wiederholt hervorgehoben worden ist.

Soweit der Gegenvorschlag der Haus- und Grundeigentümervereine. Es steht zu hoffen, daß diese Stimme bei den Beratungen der Bundesversammlung in der laufenden und der kommenden Session gebührend berücksichtigt werde. Jedenfalls bilden die Postulate dieses Vorschlages ein wirksames Gegengewicht zu den Bestrebungen der Linkskreise, welche darauf abzielen, die Erwägungen des Gegenvorschlages des Bundesrates im Laufe der parlamentarischen Beratungen nach Möglichkeit im Sinne der Initiative abzuändern.

* * *

Das Rätselraten über bevorstehende *Veränderungen im Gremium des Bundesrates,* das im wesentlichen zum Stillstand gekommen war, hat mit der Ankündigung des Rücktrittes von *Bundesrat Kobelt* einer Gewißheit Platz gemacht, deren Bedeutung über das persönliche Moment weit hinausgeht. Es wird Gelegenheit sein, darüber zu sprechen, wenn die Umstände und Aspekte dieses Rücktritts abgeklärt sind. Doch es geziemt sich, schon heute des bedauerlichen Entscheides zu gedenken, den der freisinnige *Bundesrat Rubattel* mit seinem unwiderruflichen Entschluß, auf Ende des laufenden Jahres zurückzutreten, bekundet hat. Zu einem Teil mag dieser Rücktritt zurückzuführen sein auf die notorische Überlastung des Volkswirtschaftsdepartements, an dem schon mehr als ein Bundesrat seine Kraft aufgebraucht hat. Dieses Argument wäre indessen für den Rücktritt deswegen weniger ausschlaggebend, weil auf den 1. Januar 1955 ein wichtiger Bereich vom Volkswirtschaftsdepartement auf das Departement des Innern übertragen werden soll, welches, wie bekannt, von allen sieben Departementen am wenigsten belastet ist. Der Bundesrat hat nämlich mit Botschaft vom 3. September 1954 beantragt, das «Bundesamt für Sozialversicherung» in dem erwähnten Sinne umzuteilen. Wie man hört, dürften für den Rücktritt des Herrn Rubattel wesentlich andere Motive bestimmend sein. Es gibt wohl kaum ein eidgenössisches Departement, das den widerstreitenden Einflüssen und Interessen mehr ausgesetzt wäre als dieses. Bekanntlich kreisen um das Volkswirtschaftsdepartement die nie abreißenden Auseinandersetzungen über Produzenten- und Konsumentenpolitik, und dies insbesondere aus dem Bereiche der Landwirtschaftspolitik. Aber gerade hier hat sich der zurücktretende Bundesrat mit aller Kraft für vermittelnde Lösungen eingesetzt. Als Waadtländer hat er stets seine Zuneigung und sein weitgehendes

Verständnis für die Postulate der Landwirtschaft bezeugt und in die Tat umgesetzt. Allein gerade ihm sind laufend Vorwürfe aus eben diesem Lager vielleicht am wenigsten erspart geblieben. Es mag diese Tatsache wesentlich dem Umstand zuzuschreiben sein, daß die Amtszeit des scheidenden Bundesrates in die Nachkriegsperiode fiel, wo die Landwirtschaft, ihrer Bedeutung in der Kriegszeit in hohem Maße bewußt geworden, ihre Forderungen und Interessen mit besonderer Schärfe zum Ausdruck gebracht hat. In diese Periode fiel auch die Beratung und der Volksentscheid über das Landwirtschaftsgesetz, welches gestützt auf die neuen Wirtschaftsartikel in Kraft getreten ist, und in diese Amtszeit fielen, mit zunehmender Schärfe in jüngster Zeit, die ersten Auseinandersetzungen über die Anwendung dieses Gesetzes. So kam es, daß, aus verschiedenen Erwägungen, die Interessen der Landwirtschaft und der Konsumenten in besonders scharfer Weise aufeinanderstießen. Bundesrat Rubattel hat diese Auseinandersetzung gewissermaßen mit seiner Person durchstehen müssen. Es mag in diesem Zusammenhang die Rede des scheidenden Bundesrates am offiziellen Tag der Landwirtschaftsausstellung in Luzern (21. September) als glänzende Rechtfertigung der von ihm in seiner Amtszeit vertretenen Grundsätze und als Mahnruf für die Zukunft gewertet werden. In klarer Weise hat der Chef des Volkswirtschaftsdepartementes hier darauf hingewiesen, aus welchen Umständen der Bauernberuf zu einer schwierigen Kunst geworden sei, weil er sich halten müsse gegenüber der Rückkehr einer verstärkten Konkurrenz, der Nachfrage nach Produkten aus fernen Erdteilen, die rechtzeitig nach allen Orten der Welt versandt werden können, sowie vor allem gegenüber den fortlaufend wachsenden Ansprüchen der Konsumenten. Und mit vollem Recht hat der scheidende Bundesrat darauf hingewiesen, wie sehr sich unsere Behörden täglich mit den Verbesserungsmöglichkeiten befassen, um der Landwirtschaft den ihr gebührenden Platz zu sichern, und mit einer deutlichen Wendung hat er betont, daß sich die Bundesversammlung in ihrer Haltung gegenüber der Landwirtschaft stets von großem Verständnis und tatkräftiger Initiative leiten lasse. Dies trifft, so wird man sagen, auch für Bundesrat Rubattel in vollem Maße zu.

Bericht aus Washington

Fern-Ost-Probleme

Seit dem Ende des zweiten Weltkrieges lebt der Ferne Osten in einer ununterbrochenen Krise, und es besteht keine Aussicht, daß sich dieser Zustand in naher Zukunft ändern wird. Weder das Ende der Feindseligkeiten in Korea noch das Abkommen über Indochina haben bewirkt, daß sich «der Staub endlich setzte», wie die maßgebenden Politiker in den USA gehofft hatten. Heute stehen sie dem Problem von Quemoy und der anderen von den Nationalisten besetzten Inseln vor der Küste des chinesischen Festlandes und natürlich immer noch demjenigen der Insel Formosa gegenüber.

Sicherheit im Fernen Osten — gegen die Ausbreitung des Kommunismus und weitere militärische Übergriffe — ist ein noch weit schwerer erreichbares Ziel als die Sicherheit in Westeuropa. Es gibt dort viele Probleme, die sich in Europa

nicht stellen. Dazu gehören die Geschichte des aufgeklärten Denkens ermangelnden Kolonialismus und die scharfen Unterschiede von Rasse und Religion. Die militärische Schwäche Japans und die über ganz Asien hinwegbrausende Welle des Nationalismus sind weitere Hauptfaktoren der gegenwärtigen Lage.

Bei der Ausarbeitung politischer Pläne zur Förderung der Sicherheit in Asien müssen sowohl praktische als auch politische Überlegungen gemacht werden. Im Gegensatz zu Europa liegt der Ferne Osten weit entfernt von den Hauptquellen der Macht der Freien Welt. Die Stationierung großer Bestände militärischer Macht in einer Entfernung, die dem halben Weltumfang entspricht, ist, wie die USA sehr wohl wissen, eine äußerst kostspielige Angelegenheit. Selbst als vorübergehende Lösung finden sich die westlichen Alliierten nur sehr widerstrebend damit ab. Wenn man bedenkt, daß die Erfordernisse zur Verteidigung Europas immer noch höchst dringlich sind, ist diese Lösung der asiatischen Probleme noch viel weniger befriedigend.

Die Innenpolitik der Großen Drei bildet ein wichtiges Hindernis auf dem Wege zur Ausarbeitung einer wirkungsvollen Asienpolitik. Die Chinafrage nimmt nachgerade in der amerikanischen Politik eine solche Vorrangstellung ein, daß Senator Knowland, Führer der Partei Eisenhowers im Senat, und Tschiang Kai-Sheks lautester Verteidiger im Lande, den Übernamen

«der Senator aus Formosa»

erhalten hat. In Frankreich und Großbritannien haben sich auf ähnliche Weise Fragen der Fern-Ost-Politik in die Innenpolitik eingeschlichen.

Teilweise als Ergebnis dieser innenpolitischen Probleme bestehen schließlich Meinungsverschiedenheiten zwischen den Großen Drei über die besten Mittel und Wege zur Erreichung des Zieles der Sicherheit in Asien. Das dramatischste Beispiel hiefür ist der Unterschied der Auffassungen in Großbritannien und den USA in der Frage der Anerkennung des kommunistischen China. Auch über die Bedeutung Tschiang Kai-Sheks, die Frage, ob es klug sei, das nationalistische China immer noch als Weltmacht zu behandeln und das Problem der Zulassung Rotchinas in die UNO gehen die Ansichten scharf auseinander. Angesichts der Aggression in Korea haben sich die Westmächte zwar zu gemeinsamem Handeln zusammengeschlossen, aber selbst dies basiert auf der Tatsache, daß Amerika 95% der Lasten (Mannschaften und Material) auf sich nahm, was in der amerikanischen öffentlichen Meinung heute noch weiterschwärt.

Das Artilleriesperrfeuer der Kommunisten gegen

Quemoy,

das möglicherweise das Vorspiel eines Versuches bildet, die Inselgruppe um den Hafen von Amoy zu besetzen, hat in den USA die Probleme der Fernostpolitik wieder einmal ins Rampenlicht gerückt. Wie weit sollen Tschiangs Truppen auf Quemoy unterstützt werden? Was soll mit den Tacheninseln und den weiter nördlich gelegenen, von den Nationalisten besetzten Inseln geschehen? Sollen nötigenfalls amerikanische Truppen zur Rettung eingesetzt werden? Wenn trotz der 7. Flotte die Kommunisten schließlich Truppen auf Formosa landen, werden dann amerikanische Einheiten dorthin geworfen? Das sind die typischen Fragen, mit denen sich die amerikanischen politischen Führer gegenwärtig auseinandersetzen und über welche die Ansichten hier scharf auseinandergehen. Die Spaltung geht bis auf den Kern der komplizierten Probleme um die Sicherheit im Fernen Osten.

Zunächst ist da jene Gruppe von Leuten, die der Ansicht sind, daß nicht ein einziger weiterer Quadratmeter Boden den Kommunisten überlassen werden sollte — weder im Fernen Osten oder sonstwo. Sie möchten Tschiang ohne jede Einschränkung unterstützen, wobei sogar die Entsendung amerikanischer Streitkräfte

(Luftwaffe und Marine) nicht ausgeschlossen werden soll, um Quemoy zu retten, falls dies nötig werden sollte. Nach ihrer Auffassung haben der Waffenstillstand in Korea und das Abkommen über Indochina das Prestige der Westmächte im Orient stark herabgemindert. Jeder weitere Kompromiß oder Rückzug würde Selbstaufgabe bedeuten und darf deshalb nicht geduldet werden. Schließlich geht ihr Glaube dahin, daß sich die Kommunisten rasch zurückziehen würden, wenn die Amerikaner ihre ganze Macht — einschließlich Atomwaffen — gegen jeden neuen Übergriff Rotchinas zum Einsatz brächten. Die Befürworter dieses Vorgehens glauben nicht, daß als Folge einer draufgängerischen amerikanischen Politik ein dritter Weltkrieg ausbrechen würde, fügen aber bei, daß sie eine kriegerische Auseinandersetzung im heutigen Stadium nicht fürchten. Sie lassen durchblicken, daß der Westen heute wahrscheinlich für einen Konflikt besser vorbereitet sei als in vier oder fünf Jahren, weil dann die Russen auch genügend Langstreckenbomber und einen größeren Vorrat an Atomwaffen haben werden.

Eine zweite Gruppe behauptet, daß

die amerikanische Fernostpolitik in einer Zwangsjacke

stecke, gebildet aus einer wirklichkeitsfremden Einschätzung der Lage und innenpolitischen Überlegungen. Sie möchten, daß diese Fesseln gebrochen und weggeworfen und die Probleme des Fernen Ostens mit mehr Einfühlungsvermögen und Geschmeidigkeit angefaßt würden. Sie setzen sich ein für eine de facto-Anerkennung der Regierung von Peiping, vielleicht sogar für eine Zulassung in die UNO und befürworten eine Lösung der Formosafrage im Schoße der Vereinten Nationen. Ihrer Ansicht nach muß die Fernostpolitik der USA mit derjenigen Großbritanniens und Frankreichs in engster Verbindung bleiben, und schließlich befürchten sie, daß ein übereiltes Vorgehen in Asien sehr wohl einen neuen Weltkrieg entfachen könnte — einen Krieg, der unsere Zivilisation dem Untergang nahebringen, aber nichts endgültig entscheiden würde.

Die Regierung Eisenhower

wird von diesen beiden Seiten heftig unter Druck gesetzt. Sie darf auch nicht außer acht lassen, daß der Durchschnittsamerikaner gar kein Interesse hat an einem neuen Krieg in Asien und keine Lust verspürt, um eine Insel mit dem Namen Quemoy zu kämpfen, ebensowenig wie für Formosa. Genau wie Mendès-France in Frankreich als Held betrachtet wird, weil er dem Krieg in Indochina ein Ende setzte, ist die beim Volk am höchsten bewertete Leistung der Regierung Eisenhower der Abschluß des Waffenstillstandsabkommens in Korea. Der Präsident wird es nicht eilig haben, diesen guten Eindruck zu verwischen.

Unter dem Ansturm dieser beiden sich bekämpfenden Lager und von Zwisten in den eigenen Reihen mitgenommen, versucht die Regierung, einen mittleren Kurs zu steuern. Augenblicklich versucht sie, die Kommunisten über ihre Pläne hinsichtlich Quemoy im unklaren zu lassen. Sie wird sich der Zulassung Chinas in die UNO weiterhin widersetzen, aber schließlich bereit sein, sich damit abzufinden, nachdem andere diese durchgesetzt haben — wie dies heute wahrscheinlich erscheint. Obwohl der neue Südostasienpakt ein schwächliches, militärisch fast bedeutungsloses Dokument ist, wird er doch den Bemühungen zur Stärkung der nichtkommunistischen Völker, die den Vertrag unterzeichnet haben, förderlich sein, hauptsächlich infolge vermehrter wirtschaftlicher Hilfe. Ein anderes wichtiges Ziel ist die Festigung der inneren Sicherheit in Südvietnam, Kambodscha und Thailand.

Das sind aber nur Linderungsmittel, keine Heilmittel. Es ist nicht möglich, eine kluge und praktisch durchführbare Sicherheitspolitik im Fernen Osten zu treiben, bevor das ganze Problem von den innenpolitischen Verwicklungen sauber

getrennt und gründlich geprüft worden ist, im klaren Licht einer realistischen Untersuchung der Tatsachen, wie sie wirklich sind und nicht wie gewisse Leute sie haben möchten. Märchen, wie die Rückeroberung Chinas durch Tschiang Kai-Shek müssen endgültig aufgegeben werden.

In den USA wenigstens scheint man noch weit davon entfernt zu sein, auch nur einen Versuch zu machen, die Sache auf diese realistische Weise anzupacken. Deshalb ist es wahrscheinlich, daß sich die Lage im Fernen Osten noch verschlimmern wird, bevor eine Besserung eintreten kann.

Richard J. Davis

Politik in französischen Zeitschriften

Frankreich ist seit jeher das Land der Zeitschriften. Manche dieser allmonatlich erscheinenden Revuen blicken heute auf eine lange Tradition zurück, in der sie immer wieder von neuem in die politische, literarische und künstlerische Diskussion eingegriffen und trotz allen Wandlungen, neuen Ideen und Strömungen eine bestimmte Vorstellung französischer Kultur, französischer Lebensform vertreten haben. Andere zeichnen sich durch ihren kämpferischen Charakter aus; begründet von einer Gruppe Gleichgesinnter wird ein bestimmtes politisch-soziales oder literarisches Programm mit immer wieder neuem Einsatz vertreten. Die französischen Revuen fristen kein esoterisches Dasein wie in Deutschland und beschränken sich nicht auf eine kleine Gruppe aktiver Intellektueller wie in Italien. Die Auflagen sind trotz Krieg und Nachkriegskrise noch erstaunlich groß; die Revuen liegen in allen Buchhandlungen auf und werden von jedem Kiosk verkauft. Im Gespräche wird auf sie Bezug genommen, Tageszeitungen zitieren und diskutieren einzelne Artikel oder Sondernummern. Oft bildet die Revue auch die Plattform für einen Parlamentarier, seine Kritik an der Regierung weiteren Kreisen bekannt zu machen. Selbstverständlich beschränkt sich ein Großteil der Revuen auf Literatur oder Kunst und ist hier nicht weiter zu erwähnen. Rein politische Zeitschriften von hohem Format und mit großer politischer Wirkung wie die berühmten englischen und amerikanischen sind in Frankreich hingegen wenig vertreten.

Die altbekannte *Revue politique et parlementaire,* die für sich den Titel der ältesten politischen Zeitschrift Europas beansprucht, hat heute viel von ihrer Bedeutung eingebüßt. Sie steht den Radikalen nahe, und man erkennt auch in den Beiträgen, daß von einem geschlossenen radikalen Programm heute kaum mehr gesprochen werden kann und die Partei sich auf raffiniertes Lavieren im parlamentarischen Leben spezialisiert hat. Wertvoll sind die jeweiligen Bilanzen der französischen Wirtschaftslage und orientierende Artikel über akute Probleme (Zuckerrübenbau, Alkoholfrage, Landwirtschaft). Aber es mutet eigenartig an, wenn z. B. Emile Roche, Vizepräsident des Parti Radical, unter dem Titel «L'élection présidentielle et la déchéance du régime d'Assemblée» zu einer Kritik an den parlamentarischen Methoden und an den Parteien ansetzt und man anderseits bedenkt, daß gerade die Radikalen seit jeher die Befürworter einer immer größeren Machtfülle des Parlamentes und Gegner einer Verfassungsreform, welche die Exekutive gestärkt hätte, waren und schließlich auch in den Präsidentenwahlen ihr Spiel tüchtig gespielt haben. Die abschließenden Folgerungen und Reformvorschläge

sind denn auch unbestimmt und wiederholen alte Formeln. Ebenso zwiespältig ist der Eindruck, wenn Roche in der Juli-Nummer 1954 die Aktion Laniels und Bidaults in Genf verteidigt (z. B. «Le gouvernement a néanmoins tenu à ce que la conférence ait lieu» — dabei war es Frankreich, das die Genfer Konferenz in Berlin durchgesetzt hat!) und dann mit reichlich phrasenhaftem Ton über die Bedingungen eines Waffenstillstandes in Indochina spricht, ohne das wesentliche Problem, die Teilungsfrage, nur zu erwähnen. Mendès-France, der die neue Generation Radikaler verkörpert, steuert zwar der gleichen Nummer einige Zeilen eines «Esquisse d'une politique de l'union française» bei, bleibt aber im übrigen außerhalb der Revue.

Die ehemals korporative Ideen vertretende *Année politique et économique,* die vom Sorbonne-Professor Bernard Lavergne herausgegeben und fast ausschließlich bestritten wird, hatte sich lange Zeit auf einen mit allen Mitteln geführten Kampf gegen die EVG festgelegt. Überschriften wie «M. Konrad Adenauer, promu dictateur de l'Allemagne, sera-t-il aussi maître de la Petite Europe, donc suzerain de la France?», «Les Nazis à Bonn», «Révélations sensationnelles sur l'Allemagne d'Adenauer où, avec la complicité du Chancelier, règnent à nouveau l'esprit hitlérien de revanche, et la volonté de conquête de l'espace vital» zeigen den Ton. Die Diskussion erübrigt sich, aber man darf darauf hinweisen, daß diese chauvinistische Polemik heute doch isoliert ist und sonst — abgesehen von kommunistischen Organen — trotz Ablehnung der EVG und trotz allem Mißtrauen gegenüber Deutschland selten in Erscheinung tritt.

In den *Ecrits de Paris* mit Mitarbeitern wie Pierre Dominique, Alfred Fabre-Luce und Henry Bordeaux kommt eine Gruppe zum Wort, die dem Vichy-Staat nachtrauert und ressentimentgeladen gegen Résistance, de Gaulle und die heutigen Politiker polemisiert. Man hält auch heute noch an der These fest, daß Frankreich 1939 wegen Polen — und zwar zu Unrecht — in den Krieg eingetreten sei, und übernimmt mit Vergnügen die bekannte Kritik an Churchill, Roosevelt und ihren Abmachungen mit Rußland während des Krieges. Eine altbekannte Polemik gegen die Republik und den Parlamentarismus versteht sich von selbst, obschon die Sympathien für Charles Maurras und die Action française nur mit Zurückhaltung zum Ausdruck gebracht werden. Einfluß übt die Revue nicht aus, so wenig wie die Wochenzeitungen «Aspects de la France» und «Rivarol», die das Erbe von Maurras angetreten haben.

Überparteilichen Charakter trägt die Zeitschrift *Politique étrangère,* die seit 1935 von einem dem Chatham House nachgebildeten Centre d'Etudes de Politique étrangère herausgegeben wird. Hier geht es weniger um politische Stellungnahme als um Information und Darlegung innerer und äußerer Probleme fremder Kontinente und Staaten, im Sinne der politischen Wissenschaft. Man hat leider den Eindruck, daß die Revue seit 1945 nicht mehr mit der früheren Sorgfalt betreut wird, da die Aufsätze qualitativ sehr verschieden sind und meist der heute üblichen und notwendigen Dokumentation ermangeln. Dabei entspricht eine solche Publikation einem dringenden Bedürfnis, da der gebildete Franzose auch heute noch nur ungenügend über die eigentlichen Probleme fremder Staaten orientiert ist. Die Tagespresse erfüllt ja diese Aufgabe nicht.

Die klassischen *Revue des deux mondes, Revue de Paris* u. a. haben viel von ihrem alten Glanz verloren. Sie sind zwar nach dem Kriege wieder auferstanden und mögen heute wieder neben «Illustration» und «Vogue» in gepflegten Salons aufliegen, aber sie zählen kaum mehr in der literarischen oder politischen Diskussion. Die «Revue des deux mondes» hat zudem ihre berühmte «Chronique de la Quinzaine» aufgegeben. Vom aktiven Liberalismus, der diese Revue früher charakterisierte, ist heute wenig mehr zu spüren; in der weltweiten und ideologisch so verkrampften Auseinandersetzung sind ja wohl auch die «Souvenirs de la Comtesse . . .», «la diplomatie française sous le roi . . .» und geistreiche Aufsätze älterer

Académiciens oder schreibgewandter Generale über Vauban, Napoleon oder Lyautey nicht gerade der richtige und wirkungsvolle Einsatz... Erwähnt sei hier jedoch ein Aufsatz Robert d'Harcourts, «Hésitations françaises, réactions allemandes» (Febr. 54), der deutsche Stimmen zitiert, die von der Ungeduld «endlich frei zu werden» zeugen, aber auch ihrer Befriedigung mit dem Erreichten Ausdruck geben. Der abschließende Absatz möge hier zitiert werden: «Faut-il dire adieu à des espoirs, à ce rapprochement franco-allemand, clé de voûte de l'Europe, qui jamais n'a eu meilleures chances de devenir une réalité que dans la conjoncture Adenauer? Ne nous sommes-nous pas laissés impressionner par l'immense puissance de trouble introduite dans le monde par la propagande soviétique? Ne devions-nous pas mieux profiter de l'Allemagne de la sagesse? Nous n'arriverons pas à nous défendre de quelque mélancolie devant l'acharnement déployé par la France à détruire de ses propres mains les idées généreuses qu'elle avait lancées dans le monde et qui lui avaient valu les suffrages enthousiastes de ce monde.»

Viel wichtiger sind heute die ausgezeichnet redigierten *Preuves,* das französische Pendant des «Monats». Hier wird neben den immer sehr interessanten Beiträgen über moderne Literatur, Kunst und allgemeine Kulturfragen der Kampf gegen den Totalitarismus geführt und politische, soziale und ideologische Fragen zur Diskussion gestellt. Einige regelmäßige Mitarbeiter seien genannt: Raymond Aron, Arthur Koestler, Thierry Maulnier, Denis de Rougemont, Herbert Lüthy, François Bondy. Es ist den «Preuves» zweifellos gelungen, auch in den intellektuellen Kreisen, die traditionell der Linken angehören und etwa nach dem Kriege unter dem Einfluß der «Temps modernes» gestanden haben, gelesen zu werden und dem Ansturm kommunistischer oder philokommunistischer Publizistik Widerstand zu leisten. Zwei Aufgaben scheinen dabei besonders dringlich: dem heute in Blüte stehenden Anti-Amerikanismus Frankreichs entgegenzutreten und anderseits den eigentlichen Charakter der kommunistischen Bedrohung, die man in Frankreich bis in Rechtskreise hinein zu bagatellisieren beliebt, ins rechte Licht zu rücken, und zwar nicht mit antikommunistischen Schlagworten, sondern — wie dies etwa Raymond Aron so glänzend gelingt — in sorgfältiger Prüfung der Weltlage und z. B. in objektiver Analyse der inneren Strukturen asiatischer Länder. Denis de Rougemont macht sich die Sache in seinem Artikel «Tragédie de l'Europe à Genève» allerdings zu leicht, wenn er den Indochina-Krieg, die Genfer Konferenz und anderes nur als russische Manöver darlegt, Frankreich von Europa und vor allem von der EVG abzulenken, und dann sarkastisch hinzufügt, daß — in bezug auf die EVG — das Schicksal Europas von 30—40 Deputierten abhänge, welche die Zeichen der Zeit noch nicht begriffen hätten.

Unter den französischen Intellektuellen nimmt Jean Paul Sartre mit seinen *Temps modernes* eine Sonderstellung ein. Sein Einfluß ist seit einiger Zeit deutlich im Sinken begriffen, und zwar vor allem, weil die immer deutlichere Ausrichtung nach Moskau von vielen Mitarbeitern und Lesern abgelehnt wird. Handelte es sich nach dem Kriege darum, dem links-revolutionären Erlebnis der Résistance mit einer neuen Konzeption der Freiheit und der sozialen Bezugnahme Ausdruck zu geben, so hat Sartre seither den unmittelbarsten Anforderungen auf Redlichkeit, Konsequenz eigener Thesen u. a. widersprochen. Die Auseinandersetzung mit David Rousset über die Konzentrationslager im Sowjetbereich und mit Albert Camus' Absage an die Politik haben hier entscheidend gewirkt. Sartres raffiniertes Gaukelspiel über «Les Communistes et la Paix» in vielen Nummern der «Temps modernes», in denen nachgewiesen werden soll, daß nur die kommunistische Partei die Interessen des Proletariates vertritt, daß Rußland den Frieden verteidigt u. a., überzeugt kaum mehr. Es ist klar, daß in den letzten Monaten die Indochinafrage, der McCarthyismus, die amerikanische Militärhilfe an Spanien, der Kampf gegen den Kommunismus in Süd-Amerika (in der Mai-Nr. über Caracas: «le colonialisme Yankee et la chasse aux sorcières en Amérique latine») weidlich ausgewertet werden.

Nicht ganz unähnlich stellt sich das Problem für *Esprit*. Man kennt und schätzt diese Zeitschrift als Organ der 1932 von Emanuel Mounier begründeten Bewegung des Personalismus, der, von einem sozialen Katholizismus ausgehend, sowohl gegen das Individuum des klassischen Liberalismus als auch gegen den Gesellschaftsbegriff des Marxismus gerichtet ist und in der Person den absoluten Wert des Einzelmenschen in der Gesamtfülle menschlicher Lebensbezüge fassen will. Seit dem Tode Mouniers hat Albert Béguin die Direktion übernommen, während der intelligente und geübte Jean-Marie Domenach die Chefredaktion innehat. Politisch und sozial wird ein Sozialismus Proudhonscher Färbung vertreten. In Spezialnummern werden wichtige Probleme Frankreichs beleuchtet. So sei etwa auf «Nos maisons et nos villes» (Okt.-Nov. 53), «Premières exigences d'une Politique Française» (Jan. 54), «Les prêtres ouvriers et l'espérance des pauvres» (Mai 54), «Réforme de l'enseignement» (Juni 54) hingewiesen. Die Kritik ist jeweils außerordentlich scharf. Aus dem echten Anliegen nach Erneuerung und aus der intensiv gestellten Frage nach einer sozialen und gerechten Ordnung der menschlichen Gemeinschaft ist eine Haltung erwachsen, die überall nur Versagen, Schwäche oder gar Korruption sieht und sich daher in eine «anarchistische» Opposition gegen alles Bestehende hineingesteigert hat. Das ständige Reden von der notwendigen Revolution und von der unbedingten Notwendigkeit, die neue Gesellschaftsform auf dem geschlossenen Willen des Proletariates aufzubauen, wirkt nicht nur bemühend, sondern führt auch, trotz allen wertvollen Einzelanalysen und trotz dem Willen zur Offenheit, zu eigenartigen Schlußfolgerungen. Daß man auch hier nicht müde wird, auf McCarthy hinzuweisen, versteht sich von selbst. Anderseits wird an der Möglichkeit, mit Rußland ein Auskommen zu finden, und an der strikten Opposition gegen jede deutsche Aufrüstung festgehalten. Typisch sind der Angriff Deutschers gegen Aron («propagandiste de la guerre froide») und seine These von der Möglichkeit einer demokratischen Entwicklung in Rußland. Jedenfalls müßten die Probleme der Länder hinter dem eisernen Vorhang viel intensiver angegangen werden, wenn wirklich der Idee der Menschenwürde und der Justice im vollen Umfange Genüge geleistet werden soll.

Dem Interesse an Spezialnummern hat sich *La Nef* angepaßt. Ursprünglich als normale Revue erscheinend, sind es nun einzelne Cahiers, die in unregelmäßigen Abständen publiziert werden. Über «Maroc et Tunisie», an der u. a. Robert Schuman, Edgar Faure und François Mitterand mitgearbeitet haben, wurde hier bereits berichtet (März 1954). Seither sind erschienen «Le Franc, mythe ou réalité» mit Beiträgen von Baumgartner, Faure, Mendès-France, Pineau; «La guerre et la paix» mit Beiträgen von Reynaud, Cot, Moch, Billotte; «Problèmes du catholicisme français» und «La recherche scientifique». Man erkennt, daß repräsentative Vertreter verschiedener Parteien und Strömungen zum Worte kommen; gesamthaft wird man eine gewisse Beziehung zum Kreis Mendès-France hervorheben dürfen. Diese Cahiers sind außerordentlich wertvoll, da die einzelnen Beiträge oft von Spezialisten geschrieben sind und ein reichhaltiges und schwer zugängliches Dokumenten-Material verarbeitet wird. Wer sich für die Probleme des modernen Frankreichs und die Absichten der gegenwärtigen Regierung interessiert, der greife mit Vorteil zu diesen Heften.

Rudolf v. Albertini